

15. Juli 2022

Projektleitung: Jannis Bischof, Philipp Dörrenberg, Davud Rostam-Afschar, Dirk Simons & Johannes Voget

unter Mitarbeit von: Fabian Eble, Johannes Gaul, Christopher Karlsson, Tobias Kreuz, Yuhan Liu, Katharina Schmidt, Thomas Simon & Samhitha Srinivas
Universität Mannheim

TRR 266 Accounting for Transparency

www.accounting-for-transparency.de

www.gbpanel.org

Die Daten des GBP zeigen im Juni eine erneute Eintrübung der Lage von Unternehmen in Deutschland: Nachdem sich die betriebswirtschaftlichen Erwartungen im Mai noch stabilisiert hatten, gehen Unternehmen zuletzt wieder von einem Rückgang der Gewinne um durchschnittlich 6,7 % im Vergleich zum Vorjahr aus. Gleichzeitig sinkt in diesem angespannten Marktumfeld die Bewertung der deutschen Wirtschaftspolitik auf ein Jahrestief. Die Analyse verdeutlicht, dass Unternehmen der Politik vor allem steigende Beschaffungs- und Energiekosten sowie Störungen internationaler Lieferketten zur Last legen. Die Beurteilung fällt besonders kritisch aus, wenn Unternehmen auf Gaslieferungen angewiesen sind und angesichts möglicher Gasknappheit durch Planungsunsicherheit belastet werden.

Die betriebswirtschaftlichen Erwartungen deutscher Unternehmen sinken im Juni wieder

Nach einer kurzen Phase der Stabilisierung der betriebswirtschaftlichen Indikatoren hat sich die Stimmung unter Unternehmen in Deutschland im Juni erneut deutlich eingetrübt: Wie **Abbildung 1** verdeutlicht, gehen diese zuletzt von einem Rückgang der Gewinne um durchschnittlich -6,7 % im Vergleich zum Vorjahr aus. Vor Ausbruch des Kriegs in der Ukraine am 24. Februar rechneten deutsche Unternehmen noch mit einem Gewinnwachstum von 3,9 %. Ähnlich stark brechen auch die betrieblichen Investitionen ein: Aktuell wollen Unternehmen Investitionen im Mittel um -2,0 % zurückfahren, während sie im Februar noch mit einer Steigerung der Investitionen um 7,7 % planten.

Trotz des erwarteten Rückgangs der Gewinne gehen Unternehmen für das aktuelle Kalenderjahr momentan noch von einem Anstieg der Umsätze um 4,2 % im Vergleich zum Vorjahr aus. Die hohe Differenz zwischen der Umsatz- und Gewinnveränderung verdeutlicht, dass die betriebswirtschaftliche Situation momentan durch einen anhaltenden Kostendruck belastet wird.

Unternehmen bewerten die deutsche Wirtschaftspolitik zunehmend negativer

Für die Verschlechterung ihrer Lage machen Unternehmen immer stärker die Wirtschaftspolitik verantwortlich: **Abbildung 2** zeigt, dass die Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik im Juni auf ein Jahrestief gesunken ist.

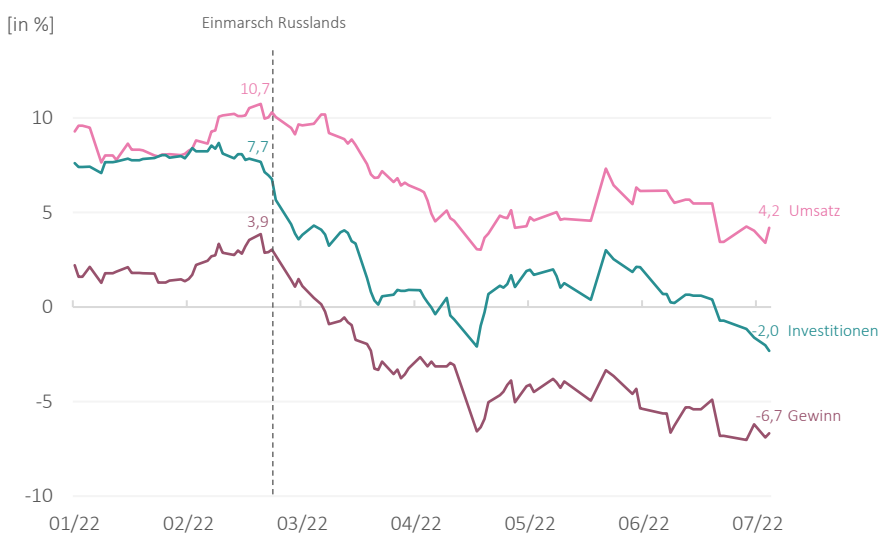


Abbildung 1

Entwicklung der betriebswirtschaftlichen Kennzahlen seit Jahresbeginn

Trotz einer kurzfristigen Stabilisierung der betriebswirtschaftlichen Kennzahlen im Mai sind diese im Juni erneut gefallen und erreichen Jahrestiefstände. Während die Umsätze zwar noch in der Wachstumszone liegen, rechnen Unternehmen im Vergleich zum Vorjahr mit einem Rückgang von Investitionen und insbesondere mit niedrigeren Gewinnen.

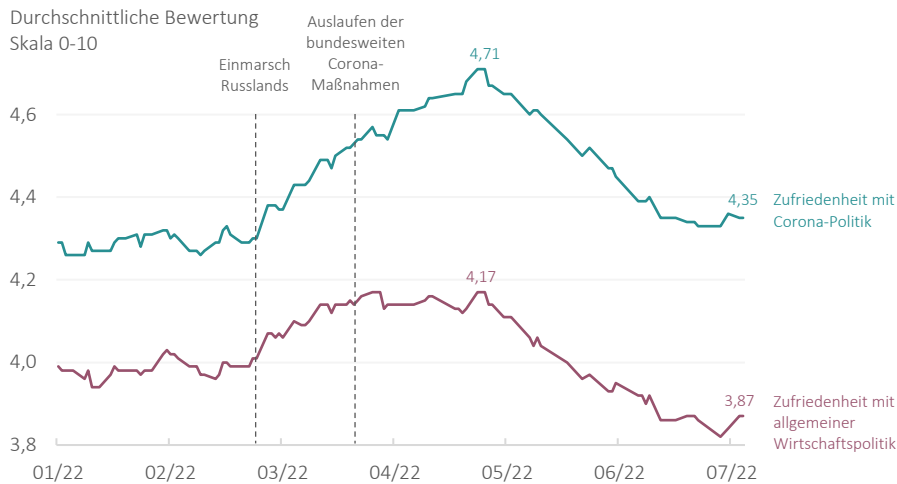


Abbildung 2

Die Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik sinkt auf ein Jahrestief

Die Abbildung zeigt, dass die Zufriedenheit der Unternehmen mit der Corona-Politik und der allgemeinen deutschen Wirtschaftspolitik deutlich zurückgeht. Letztere wird aktuell im Mittel nur noch mit 3,9 Punkten auf einer Skala von 0-10 bewertet und liegt damit auf einem Jahrestiefstand.

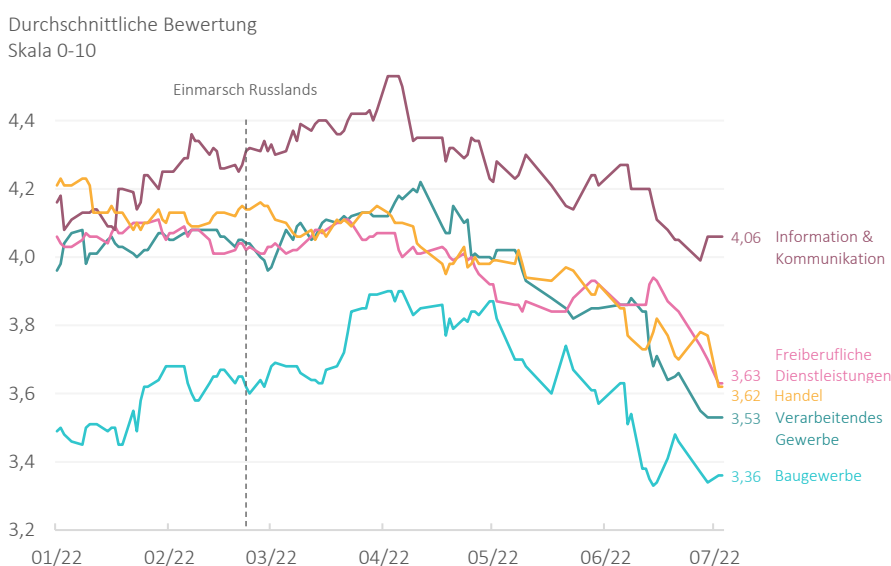


Abbildung 3

Das Baugewerbe sieht die Wirtschaftspolitik besonders kritisch

Die Abbildung zeigt die Bewertung der Wirtschaftspolitik in einzelnen Industrien. Während die Zufriedenheit im Bereich der Information und Kommunikation überdurchschnittlich hoch ist, bewerten Unternehmen des Baugewerbes die Wirtschaftspolitik besonders kritisch. In diesem Wirtschaftszweig liegt die Zustimmung zuletzt lediglich bei 3,4 Punkten auf einer Skala von 0-10.

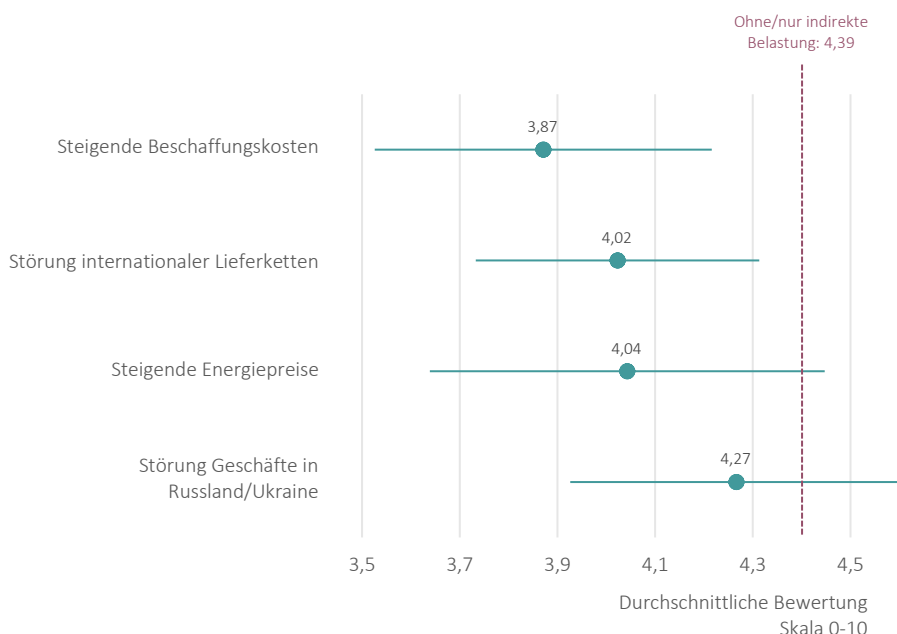


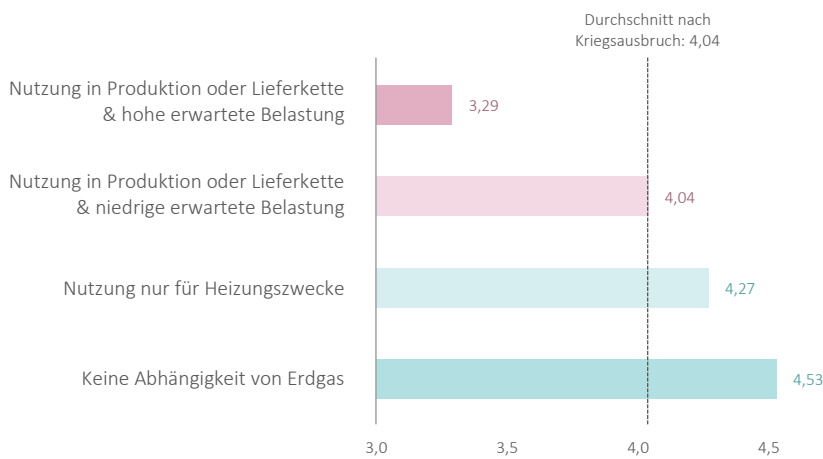
Abbildung 4

Kostensteigerungen und Lieferkettenprobleme werden der Politik zur Last gelegt

Die Abbildung zeigt, wie Unternehmen die Wirtschaftspolitik bewerten – abhängig davon, ob sie infolge des Kriegs in der Ukraine finanzielle Belastungen tragen. Während die Zufriedenheit bei Unternehmen ohne solche Belastungen durchschnittlich bei 4,39 Punkten liegt, fällt die Zustimmung bei Unternehmen, die steigende Beschaffungskosten und Störungen der Lieferketten beklagen, signifikant niedriger aus. Die horizontalen Intervalle zeigen den Einfluss einer Belastung auf die Bewertung der Wirtschaftspolitik mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 %.

Abbildung 5

Beeinflusst die Abhängigkeit von Gaslieferungen die Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik?



Die Abbildung verdeutlicht, dass die Bewertung der Wirtschaftspolitik mit der betrieblichen Bedeutung von Erdgas zusammenhängt. Wird Gas direkt in der Produktion oder entlang der Wertschöpfungskette eingesetzt und eine hohe finanzielle Belastung infolge einer möglichen Rationierung von Erdgaslieferungen erwartet, liegt die wirtschaftspolitische Zustimmung signifikant unter dem Durchschnitt.

Durchschnittliche Unsicherheit Skala 0-10

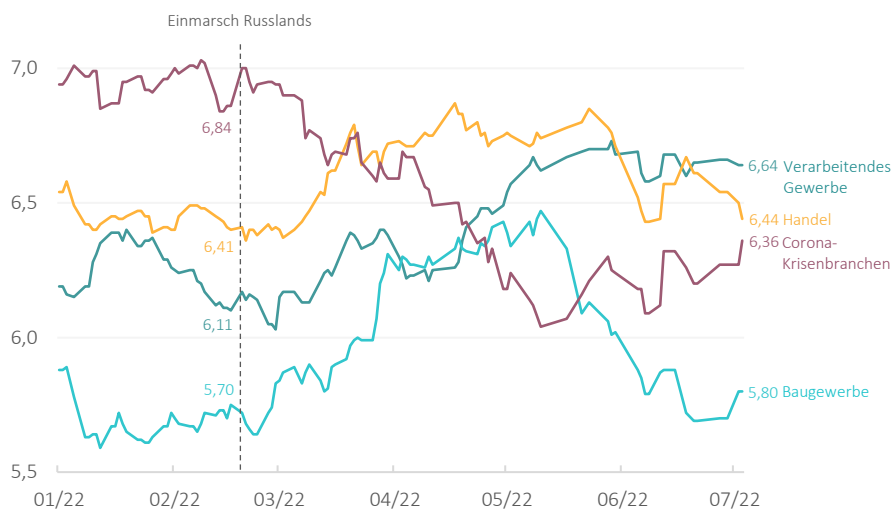


Abbildung 6

Entwicklung von Umsatzunsicherheit seit Jahresbeginn

Die Darstellung zeigt das Ausmaß an Umsatzunsicherheit in einzelnen Industrien im Zeitverlauf. Während die Unsicherheit im Baugewerbe aktuell etwa auf Vorkriegsniveau liegt, ist diese vor allem im Verarbeitenden Gewerbe zuletzt auf einen Wert von 6,64 auf der Skala von 0-10 gestiegen. Angesichts erneuter Diskussionen über Corona-Maßnahmen steigt die Umsatzunsicherheit auch in den Corona-Krisenbranchen an.

Durchschnittliche Bewertung Skala 0-10

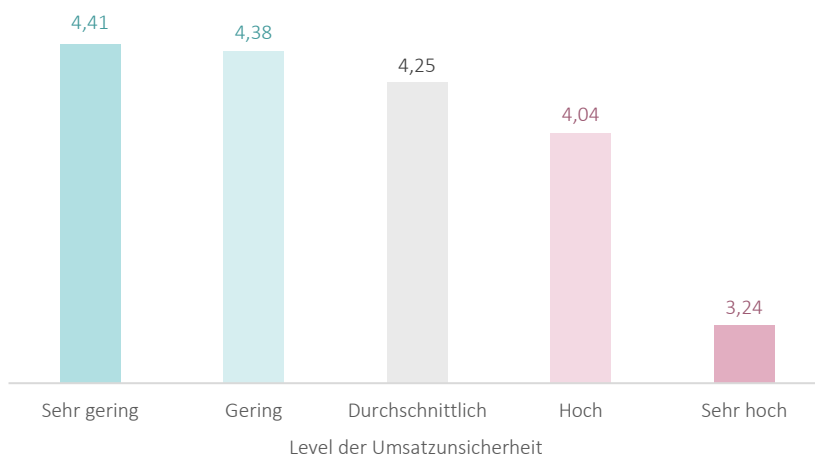


Abbildung 7

Die Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik sinkt mit zunehmender Umsatzunsicherheit

Die Abbildung stellt die Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik in Abhängigkeit vom Niveau der Umsatzunsicherheit dar. Während die Zustimmung der Wirtschaftspolitik im Falle von sehr geringer Unsicherheit durchschnittlich bei 4,41 Punkten liegt, fällt diese auf einen Wert von 3,24 Punkten, wenn Unternehmen von sehr hoher Planungsunsicherheit berichten.

Zustimmung zur Corona-Politik ebenfalls gesunken

Nachdem die Zustimmung zur Wirtschaftspolitik kurz nach Ausbruch des Kriegs in der Ukraine noch auf einen Wert von 4,17 gestiegen ist, liegt sie nach einem kontinuierlichen Rückgang im Durchschnitt zuletzt nur noch bei 3,87 Punkten auf einer Skala von 0-10 und unterschreitet damit auch das Vorkriegsniveau. Im Vergleich zur allgemeinen Wirtschaftspolitik wird die Corona-Politik der Bundesregierung etwas besser bewertet: Zwar profitierten die Zustimmungswerte von der Aufhebung der bundesweiten Corona-Maßnahmen im März, allerdings ist die Bewertung der Corona-Politik seitdem von einem zwischenzeitlichen Höchstwert von 4,71 Punkten auf aktuell 4,35 Punkte gesunken. In diesem Zusammenhang wurde zuletzt die mangelnde Vorbereitung auf erwartete weitere Infektionswellen im Herbst und Winter kritisiert.

Die Zustimmung zur Wirtschaftspolitik fällt im Baugewerbe besonders niedrig aus

Dass die Wirtschaftspolitik in einzelnen Branchen durchaus unterschiedlich beurteilt wird, zeigt [Abbildung 3](#). Im Zeitverlauf wird zunächst deutlich, dass die Zustimmung zur Wirtschaftspolitik im Bereich der Kommunikation und Information durchgängig über dem Gesamtdurchschnitt liegt (zuletzt 4,06).

Demgegenüber fallen die Zustimmungswerte insbesondere im Baugewerbe deutlich niedriger aus. Auf einer Skala von 0-10 bewerten Unternehmen dieses Wirtschaftszweigs die deutsche Wirtschaftspolitik aktuell lediglich mit 3,36 Punkten. Bemerkenswert ist, dass die wirtschaftspolitische Zufriedenheit im Handel und im Verarbeitenden Gewerbe besonders stark zurückgeht. Lag die Zustimmung hier vor Kriegsausbruch noch überdurchschnittlich bei mehr als 4 Punkten, ist diese auf zuletzt 3,62 (Handel) bzw. 3,53 Punkte (Verarbeitendes Gewerbe) gefallen. Auf ähnlichem Niveau bewerten Unternehmen des Dienstleistungssektors die Wirtschaftspolitik.

Kostensteigerungen und Lieferkettenprobleme drücken die Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik

Doch welche Faktoren beeinflussen die Bewertung der Wirtschaftspolitik konkret? [Abbildung 4](#) schlüsselt auf, inwiefern die Zustimmungswerte von finanziellen Belastungen, die Unternehmen im Zuge des Kriegs in der Ukraine erfahren, abhängen. Die Analyse zeigt, dass besonders steigende Beschaffungs- und Energiekosten sowie Störungen der internationalen Lieferketten der Politik zu Last gelegt werden.

Während die durchschnittliche Zustimmung bei Unternehmen, die nicht oder nur indirekt von den Folgen des Kriegs betroffen sind, bei 4,39 Punkten liegt, bewerten Unternehmen mit steigenden Beschaffungskosten die Wirtschaftspolitik im Mittel lediglich mit 3,87 Punkten auf einer Skala von 0-10. Auch Störungen der Lieferketten und höhere Energiekosten senken die Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik um etwa 8 % auf Werte knapp über 4 Punkten.

Wenn Unternehmen dagegen Beeinträchtigungen der Geschäfte in Russland oder in der Ukraine beklagen, unterscheiden sich die Zustimmungswerte nicht signifikant von denen eines nicht betroffenen Unternehmens. Solche wirtschaftlichen Folgen des Kriegs werden der Bundesregierung folglich nicht negativ angelastet.

Erwartungen über Gas-Belastungen schlagen sich in der Bewertung der Wirtschaftspolitik nieder

Die aktuelle wirtschaftspolitische Debatte bestimmen Diskussionen um steigende Energiekosten und eine drohende Gasrationierung im Winter bei ausbleibenden russischen Lieferungen dieses Rohstoffs. Dass ein Szenario möglicher Gasknappheit die Bewertung der Wirtschaftspolitik beeinflusst, ist in [Abbildung 5](#) verdeutlicht. Es zeigt sich, dass Unternehmen, die Gas direkt im Produktionsprozess oder entlang der Wertschöpfungskette einsetzen, die aktuelle Wirtschaftspolitik signifikant schlechter bewerten als solche Unternehmen, die Gas lediglich zu Heizzwecken oder gar nicht nutzen.

Besteht keine betriebliche Abhängigkeit von Gaslieferungen, liegt die durchschnittliche Bewertung bei 4,53 Punkten. Die Zustimmungswerte liegen auch dann noch über dem Durchschnitt, wenn Gas ausschließlich für die betriebliche Heizung eingesetzt wird. Gibt es dagegen eine direkte betriebliche Bedeutung von Gas im Produktionsprozess und wird die erwartete Belastung eines Gas-Embargos als hoch eingestuft, sinkt die Zustimmung zur Wirtschaftspolitik auf 3,29 Punkte auf einer Skala von 0-10. Gerade solche Unternehmen fürchten eine mögliche Gasknappheit sowie weitere Kostensteigerungen im Verlauf des Jahres und lasten diese Entwicklung den politischen Entscheidungsträgern an.

Die Planungsunsicherheit ist im verarbeitenden Gewerbe besonders hoch

Angesichts rasant steigender Beschaffungs- und Energiekosten ist das aktuelle Marktumfeld von hoher Unsicherheit geprägt. Dass solche Unsicherheit allerdings nicht nur in Bezug auf Kosten, sondern auch hinsichtlich der zukünftigen Umsätze besteht, ist in [Abbildung 6](#) auf Industrieebene verdeutlicht.

Die Darstellung zeigt auf, dass die Umsatzunsicherheit im Baugewerbe – trotz eines zwischenzeitlichen Anstiegs – mit einem Wert von 5,80 Punkten auf der Skala von 0-10 aktuell etwa auf Vorkriegsniveau liegt. Demgegenüber ist vor allem im Verarbeitenden Gewerbe ein Anstieg der Umsatzunsicherheit zu verzeichnen: In diesem Wirtschaftszweig liegt die Umsatzunsicherheit aktuell bei 6,64 Punkten und damit 9 % höher als vor Ausbruch des Ukraine-Kriegs. Gerade das Verarbeitende Gewerbe unterliegt dem Risiko von Produktionsausfällen, wenn Gaslieferungen im Zuge von Rohstoffknappheit rationiert werden müssten.

Bemerkenswert ist auch der neuerliche Anstieg der Umsatzunsicherheit bei denjenigen Unternehmen, die im November und Dezember 2020 im Zuge des Teil-Lockdowns von Ladenschließungen betroffen waren. In diesen Branchen, darunter die Gastronomie und das Gastgewerbe, ist das Level an Unsicherheit zuletzt um 0,3 Punkte auf 6,36 Punkte gestiegen. Hier hatte das aktuell dynamischere Infektionsgeschehen und Diskussionen um Corona-Maßnahmen, die bei einer Verschärfung der Infektionslage im weiteren Verlauf des Jahres notwendig werden könnten, zu Verunsicherung geführt.

Je höher die Planungsunsicherheit, desto niedriger die Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik

Was bedeutet betriebswirtschaftliche Unsicherheit letztlich für die Bewertung der Wirtschaftspolitik? **Abbildung 7** stellt diesen Zusammenhang dar und verdeutlicht, dass steigende Unsicherheit mit sinkender wirtschaftspolitischer Zufriedenheit einhergeht. Besteht nämlich nur sehr geringe oder geringe Unsicherheit in Bezug auf die Entwicklung der Umsätze, liegt die Bewertung der Wirtschaftspolitik bei etwa 4,4 Punkten auf einer Skala von 0-10.

Demgegenüber fallen die Zustimmungswerte erheblich, wenn die Umsatzunsicherheit als hoch (4,04 Punkte) oder als sehr hoch (3,24 Punkte) eingestuft wird. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass erfolgreiche Wirtschaftspolitik aus Unternehmenssicht die zentrale Aufgabe hat, planbare Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns zu schaffen.

„Es werden Maßnahmen angeordnet, die in der Kürze der Zeit nicht umgesetzt werden können (z.B. Austausch von Gas- und Öl-Heizungsanlagen). Es fehlt das Material und das Know-How bei den Fachfirmen. Außerdem ist der Austausch für viele nicht finanzierbar, da Folgeinvestitionen damit verbunden sind.“

Ingenieurbüro mit Jahresumsatz von 375 Tsd. €

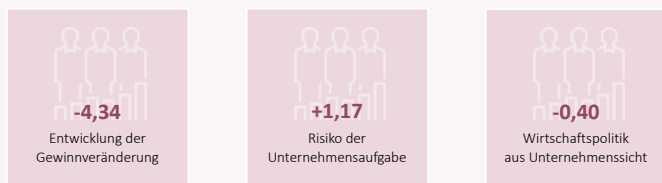
„Es gibt kaum noch eine Planungssicherheit, immer mehr Gesetzesvorgaben erschweren die tägliche Arbeit, (...) viel zu viele Steuerregeln, Onlineunternehmen werden unfair niedrig oder gar nicht besteuert.“

Finanzdienstleistungsagentur mit Jahresumsatz von 300 Tsd. €

„Kurzfristige, verpuffende Maßnahmen (Energiegeld, 9-Euro-Ticket), die sehr verwaltungsintensiv umzusetzen sind, stehen im Vordergrund anstelle mittel- und langfristiger strategischer Ziele.“

Freiberufliche Kanzlei mit Jahresumsatz von 900 Tsd. €

Unternehmenstrends im Juli



Weitere Kennzahlen finden Sie hier:

- [Erwartete Umsatz-, Gewinn- und Investitionsveränderungen](#)
- [Unternehmerische Entscheidungen](#)
- [Erwartete Ausfallwahrscheinlichkeit in der Branche](#)
- [Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik](#)

Trotz einer kurzfristigen Stabilisation der betriebswirtschaftlichen Kennzahlen im Mai sind diese zuletzt wieder signifikant gefallen: Im Vergleich zum Vormonat sinkt die Gewinnveränderungsrate im Juni um -4,34 Prozentpunkte. Sie liegt damit deutlich im negativen Bereich und erreicht einen Jahrestiefstand.

Gleichzeitig steigt das Risiko für Unternehmensaufgaben im Juni um +1,17 Prozentpunkte. Maßgeblich getrieben wird dieser Anstieg auch durch die Corona-Krisenbranchen, die zusätzliche Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie im Laufe des Jahres fürchten.

Die Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik fällt in einem Marktumfeld hoher Unsicherheit signifikant um -0,40 Punkte. Die Zustimmungswerte werden vor allem durch steigende Preise, mögliche Rationierungen von Gaslieferungen und damit verbundene Planungsunsicherheit belastet.

Das German Business Panel ist ein langfristiges Befragungspanel des DFG-geförderten überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“.

Wir erheben systematisch und repräsentativ, wie Unternehmen unterschiedlicher Größenordnung Fragen der Unternehmenstransparenz einschätzen. Erhoben wird auch, wie sich die zunehmende Bereitstellung von Informationen sowie die zunehmende Regulierung in den Bereichen Rechnungswesen und Besteuerung auf Entscheidungen in Unternehmen und die Öffentlichkeit auswirken. Als umfassendes, langfristig angelegtes Befragungspanel liefern wir Daten in einer bisher nicht dagewesenen Qualität für die Forschung zu Unternehmenstransparenz und tragen dazu bei, Regulierung und Wirtschaft zu verbessern. Das German Business Panel ist Teil des Sonderforschungsbereichs „TRR 266 Accounting for Transparency“.



SFB/Transregio 266

ACCOUNTING FOR
TRANSPARENCY

German Business Panel

Gefördert durch



Deutsche
Forschungsgemeinschaft